

Belegabteilungen und Anzeigenstelle sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Nro. 111: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2300-2307

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Nach Baldwin's Sturz.

Das Kabinett Baldwin ist in der letzten Nacht mit 228 gegen 256 Stimmen zu Fall gebracht worden.

Die Botschaft, die in der ersten Nachstunde des heutigen Tages telegraphisch in die ganze Welt von London aus hinausgetragen wurde, ist so wenig überraschend gekommen, wie je eine politische Meldung gewesen sein mag. Denn wenn jemals ein Ereignis viele Tage und sogar Wochen vorher mit Bestimmtheit feststand, so war es der Sturz der Regierung Baldwin bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag der Arbeiterpartei. Selbst der Sturz des Kabinetts Strechmann im November vorigen Jahres, obwohl er schon mehrere Tage vorher nach der parlamentarischen Arithmetik des Reichstages als unermidlich angesehen werden mußte, war bei weitem nicht so gewiß wie das gestern programmatisch eingetretene Ende der konservativen Regierung Baldwin. Sonst hört man bei jedem großen Ereignis in England, sei es auf politischem oder auf sportlichem Gebiete, daß Wetten abgeschlossen werden. Doch aber selbst die Wobles-Gesellschaft, das größte Wettunternehmen der Welt, diesmal Wetten gegen den Sturz Baldwin's angenommen hätte, das hat man diesmal nicht gehört, weil offenbar keine noch so hohe Quote die Anhänger der konservativen Regierung dazu verleiten könnten, ihr Geld zum Fenster hinauszuwerfen.

Merkwürdigerweise sind es oft dieselben Genossen in unserer Partei, die die Reichstagsarithmetik als einen Ausfluß „parlamentarischen Kretinismus“ verippen, und die zugleich mit höchster Bewunderung auf das Beispiel der englischen Arbeiterpartei hinweisen, wegen ihrer Ablehnung der Koalitionspolitik. Wenn aber je eine Partei sich streng an die Regeln der parlamentarischen Demokratie gehalten hat, so ist es die Labour Party, und sie verdankt auch ihren Sieg von heute nacht ausschließlich jener vielgeschmähten parlamentarischen Arithmetik! Dadurch, daß die Stimmen der Arbeiterpartei mit denen der Liberalen addiert wurden, ist es gelungen, der Regierung Baldwin, die sich auf die stärkste Partei des Unterhauses und des Landes stützt, zu Fall zu bringen; und dadurch, daß die Liberalen erklären, eine Arbeiterregierung einstweilen zu tolerieren, wird es dem Genossen Macdonald möglich sein, auf einen mehr oder minder langen Zeitraum die Geschicke Großbritanniens zu lenken. Fürwahr, eine wenig beneidenswerte Lage für unsere englischen Genossen, von dem Wohlwollen einer bürgerlichen Partei abhängig zu sein, die, frei von jeder Bindung und von jeder Verantwortung jederzeit Macdonald wird stützen können mit derselben orihmetischen Sicherheit wie gestern Baldwin! Da drängt sich einem jeden unwillkürlich die Frage auf, ob das System der Koalitionspolitik wirklich viel verdammenswerter ist als jenes Experiment einer Minderheitsregierung, welches jetzt in England bevorsteht. Ohne den Ereignissen vorgreifen zu wollen, kann man sich des Gefühls nicht erwehren, als ob das Ende dieses Experiments schließlich doch die Bildung einer Koalitionsregierung sein werde: entweder mit der Arbeiterpartei — oder gegen sie.

Borerst steht aber lediglich fest, daß die Arbeiterpartei allein die Regierung bilden wird und an und für sich ist schon diese Tatsache ein weltgeschichtliches Ereignis; und das allein erklärt schon das merkwürdige Gefühl der Sensation, das Hunderte von Millionen Menschen in England und in der ganzen Welt bei dem Empfang einer Nachricht unwillkürlich empfinden werden, die eigentlich gar nicht sensationell, sondern ganz pünktlich und programmatisch eingetroffen ist.

Dieses Gefühl ist aber durchaus berechtigt, wenn man bedenkt, daß noch vor 20 Jahren der Sozialismus in England so gut wie gar nicht existierte, daß noch während des Krieges die englische Arbeiterbewegung einen vorwiegend gewerkschaftlichen Charakter trug, und daß es gar nicht lange her ist, daß die meisten Führer der englischen Arbeiterpartei, soweit sie sich überhaupt politisch betätigten, die Bezeichnung „sozialistisch“ fern von sich wichen. Aber schon bei den vorletzten Wahlen im November 1922 lagen die Verhältnisse wesentlich anders; die Zahl der Arbeiterabgeordneten, die sich als nur Gewerkschafter bekannten, war verschwindend gering geworden. Die meisten hatten ihre Mandate als Politiker erfochten und erobert, und ein ganz erheblicher Prozentsatz gab sich offen nicht nur als sozialistisch, sondern auch als internationalistisch zu erkennen. Diese Entwicklung hat unter Macdonald's Führung noch ganz erhebliche Fortschritte im Jahre 1923 gemacht. Die bürgerlichen Parteien glaubten der Labour Party einen sehr erheblichen Schaden zuzufügen, indem sie bei den letzten Wahlen im Dezember die Arbeiterkandidaten als Sozialisten bezeichneten. Als Beschimpfung und Befleckung war dies gedacht, als Ehrenritzel und Siegestrumpf sollte es sich auswirken. Und deshalb ist es heute durchaus am Platze, im Gegenfah zu früheren Zeiten, von den englischen Sozialisten zu sprechen.

Diese politische Radikalisierung der englischen Arbeiterschaft fällt nun zusammen mit ihrer Uebernahme der politischen Macht. Freilich wäre es eine vollständige Verkennung der englischen Charakterveranlagung, wenn man daraus schließen wollte, daß England unter einer sozialistischen Regierung auch sozialistisch regiert werden wird. Selbst

wenn die Arbeiterpartei anstatt über ein Drittel der Mandate über die absolute Mehrheit im Unterhaus verfügte, würde sie sich wohl hüten, durch Gewaltexperimente das Tempo der wirtschaftlichen und der politischen Entwicklung allzu sehr zu forcieren. Da sie aber einstweilen nur als Minderheit regiert, wird sie, getreu der in ihr tief verankerten demokratischen Tradition und stets eingedenk der ominösen parlamentarischen Arithmetik eine Politik betreiben, von der sie weiß, daß sie die Mehrheit des Unterhauses und des Landes auf ihrer Seite hat. Das haben alle Führer der Arbeiterpartei seit den Dezemberwahlen betont, und gestern noch hat Macdonald in seinem Schlusswort mit etwas auffallendem Nachdruck beteuert, daß die Angst vor einer sozialistischen „Gefahr“ unbegründet sei. In der ziemlich radikal gesinnten Gruppe der schottischen Arbeiterabgeordneten hat man diese überaus eifrigen Bekenntnisse zur staatsmännischen Realpolitik mit Unbehagen verfolgt. Aber man hat sich wohl gehütet, der bürgerlichen Reaktion den Gefallen einer Spaltung zu erweisen, auf die sie schon spekuliert; vielmehr hat auch die schottische Gruppe leihthin beschlossen, sich an der Regierung Macdonald's zu beteiligen.

Wenn sogar die gefürchteten „Männer von der Clyde“, wie man die revolutionär angehauchten Abgeordneten von Glasgow und Umgebung nennt, das vorzüglich-staatmännische Regierungsprogramm Macdonald's aktiv unterstützen, dann versteht man es auch, warum die Liberalen es selbst von ihrem Standpunkt aus als bürgerlich-kapitalistische Partei ruhig wagen, der Arbeiterpartei in den Sattel zu helfen. Das Abstimmungsergebnis zeigt übrigens, daß die Liberalen fast geschlossen mit Asquith gegen Baldwin gestimmt und daß nur zehn überangestrichene Mitglieder dieser Fraktion ihrem Führer die Gefolgschaft verweigert haben.

Ist eine rein sozialistische Politik von der Regierung Macdonald nicht zu erwarten, so darf man zumindest damit rechnen, daß Macdonald's Politik von sozialistischem Geiste getragen sein wird. Und das ist schon ungeheuer viel. Denn es bedeutet weltpolitisch, daß die internationalen Probleme, bei deren Lösung nacheinander die Koalitionsliberalen unter Lloyd George und die Konservativen unter Bonar Law und Baldwin total versagt haben, von einer anderen Warte aus betrachtet und behandelt werden. Freilich werden unsere englischen Genossen auch die Interessen Großbritanniens zu wahren haben und zu wahren wissen, zumal diese nationalen Interessen drüben wie haben mit den Interessen der eigenen Arbeiterklasse auf das engste verknüpft sind. Darüber hinaus werden sie vielleicht sogar manches Kompromiß zwischen ihren persönlichen Empfindungen und den realpolitischen Notwendigkeiten des Augenblicks schließen müssen. So hat in der gestrigen Unterhausführung der Erste Lord der Admiralität Amery das Flottenbauprogramm der Regierung Baldwin entwickelt und seine Hoffnung ausgesprochen, daß es von der Arbeiterregierung übernommen wird. Zweifellos haben sich unsere englischen Genossen die Behebung der Arbeitslosigkeit in der Schiffbauindustrie anders gedacht als durch den Bau von Kreuzern, Unterseebooten und Torpedobootzestörern. Und doch werden sie es kaum vermeiden können, zumindest einen Teil dieses Rüstungsprogramms zu übernehmen und durchzuführen. Einmal um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, einigen tausend Erwerbslosen die Arbeitsgelegenheit vorenthalten zu haben, dann aber auch weil es den Interessen Englands entspricht, eine starke Flotte zu besitzen und mit ihr den englischen Kolonialbesitz, diese unentbehrliche Wohlstandsquelle des Mutterlandes, vor jeder Ueberraschung gesichert zu wissen.

Die Entwicklung der Dinge seit Versailles und durch Versailles hat übrigens gezeigt, daß ein starkes Großbritannien eine Voraussetzung für die Wiederkehr des Friedens in Europa ist. Die englische Arbeiterpartei hat in den letzten Jahren zur Genüge bewiesen, daß sie ehrlich entschlossen ist, im Sinne der international-sozialistischen Beschlüsse das Versailles Diktat in einen wirklichen Friedensvertrag umzugestalten. Aber sie wird als Regierungspartei ihre Absichten nur dann in die Tat umsetzen können, wenn sie sich ebenfalls auf eine reale Macht stützt: Denn nur so kann es ihr gelingen, die verheerende imperialistische Politik Poincaré's am Rhein in Schach zu halten. Darüber hinaus beabsichtigen allerdings unsere englischen Genossen auch mit moralischen Waffen gegen die Unernunft des Poincarismus zu kämpfen und an das Gewissen der Welt zu appellieren. Deshalb stellen sie die Forderung nach einer Vervollständigung des Völkerbundes in den Vordergrund. Aber dieser Kreuzweg für den Frieden wird nur dann Erfolg haben, wenn die Welt weiß, daß hinter ihm nicht nur die englische Nation, sondern auch die englische Flagg steht.

Im übrigen kann man wohl sagen, daß die Ziele und die Interessen der englischen Demokratie in weitem Maße identisch sind nicht nur mit denen der deutschen, sondern auch der französischen Demokratie. Darin liegt eine große Hoffnung für Europa und deshalb ist es gerade die Sozialdemokratie, die in allen Ländern und vor allem in Deutschland ein besonderes Recht hat, das historische Ereignis, das sich jetzt in England vollzieht, zu beurteilen, ja sogar zum Teil als einen eigenen verheißungsvollen Sieg zu feiern.

### Londoner Krisenbesprechungen.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Abstimmung über den Misstrauensantrag beantragte Macdonald Schluss der Debatte. Dieser wurde mit einer Mehrheit von 77 Stimmen beschlossen. Baldwin schlug Vertagung des Unterhauses bis zum 12. Februar vor, da sich jedoch Widerspruch erhob, wurde beschlossen, daß heute noch eine Sitzung stattfinden würde.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitglieder der gestrigen Regierung wurden heute vormittag zu einer Kabinettsitzung zusammenberufen, in der der Rücktritt des Kabinetts formell beschlossen und unmittelbar danach von Baldwin dem König in einer bereits nachgekauften Audienz, die in den Mittagsstunden stattfindet, überreicht werden wird. Am späten Nachmittag wird Macdonald zum königlichen Palast von Buckingham gerufen werden und den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten.

Unterdessen hat auch die Arbeiterpartei heute vormittag eine Führerkonferenz abgehalten, in der ihre künftige Politik erörtert wurde.

Um 12 Uhr mittags treten auch die Liberalen zusammen, um die weitere Haltung ihrer Partei gegenüber der Arbeiterregierung zu besprechen. Von liberaler Seite wird hervorgehoben, daß die 10 Abgeordneten dieser Partei, die entgegen der Parole ihrer Führer für die Regierung gestimmt haben, diejenigen sind, die bei den Wahlen gegen Arbeiterkandidaten mit der offenen Unterstützung der konservativen Stimmen gestimmt hatten, also z. B. die Dezwinger von Henderson und C. R. Bayton.

Die Arbeiterabgeordneten haben ihren Sieg ohne Ueberstehung ausgenommen, und Macdonald erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, daß einzige, was er sagen könne, sei, daß er sein Bestes tun werde. „Wir stehen vor einer sehr schweren Aufgabe und wie werden unsere ganze Energie in ihren Dienst stellen. Meine Gefühle in diesem Augenblick sind weit von Jubelentfernt. Eine sehr große Verantwortung lastet auf uns. Wie mögen schicksalhaft der Erfolg haben — aber das eine kann ich sagen, daß keine verantwortliche Regierung dieses Landes mit größerer Ehrlichkeit versuchen wird, dem Lande zu dienen, als meine Regierung. Ich bin außerordentlich stolz auf die Arbeiterpartei und denke, daß ein jeder Arbeiter in diesem Lande von dem Wunsche befeuert sein wird, zu wirken und zu opfern, um seiner Partei zur Ehre zu gereichen und sie in die Möglichkeit zu versehen, den Erfolg davon zu tragen.“

London, 22. Januar. (WIB.) Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, die Arbeiterpartei übernehme die Regierung mit einer klaren Erkenntnis der Schwierigkeiten, die dem Ministerium bevorstehen, da sie sich nur verlassen könne auf die Stimmen nicht ganz eines dritten Teils der Unterhausmitglieder. Wenn das Experiment scheitern sollte, so würde dies einen peinlichen Rückschlag bedeuten.

Zur gestrigen Niederlage der konservativen Regierung schreibt das Blatt der Daily News, die „Morning Post“, die konservative Partei werde stärker und besser aus ihrem schweren Unglück hervorgehen.

„Daily Mail“ sagt, Baldwin sei verantwortlich für die unglückliche Lage, in der die konservative Partei sich heute befindet. „Times“ schreibt, die Prophezeiung, daß das Land bei den nächsten Neuwahlen nicht für die Liberalen stimmen werde, sei vielleicht etwas zu positiv gehalten, enthalte jedoch ein gewisses Maß von Wahrheit.

„Daily Telegraph“ führt aus, die Gefahr, die mit der Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei verbunden sei, bestehe darin, daß sie freie Hand haben werde, die nächsten Neuwahlen zu machen.

Die liberale „Westminster Gazette“ schreibt, das Land sei die schwächste Regierung der letzten Zeit los. Die Arbeiterpartei müsse nun beweisen, daß sie regieren könne. Sie werde es nur können, wenn sie sich von Anfang an vor Augen halte, daß sie eine Minderheitsregierung ist und bei allem, was sie tut, vom Wohlwollen und der Unterstützung der anderen Parteien abhängt.

### Die „Pfalzrepublik“ vor dem Haager Gericht?

Eine sonderbare Anregung Poincaré's.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Schritt des englischen Vorkämpfers in Paris, Lord Crewe, bei Poincaré in der Frage der Eisenbahnblockade der englischen Zone erklärt man von unterrichteter Stelle, daß Poincaré bei dieser Gelegenheit anregte, daß die Frage der Separatistenrepublik in der Pfalz vor das Haager Schiedsgericht gebracht werde. In Sachen des Kölner Eisenbahnkonfliktes bestritt Frankreich, daß es sich um eine Blockade der englischen Zone handelte. Diese sogenannte Blockade besetze lediglich in rein technischen Anweisungen zwecks Entlastung des Eisenbahnverkehrs.

Die von Poincaré angeregte Anregung des Haager Schiedsgerichts in der Frage der Pfalz-Republik zeigt, wie sehr er die Ergebnisse der Untersuchung des Konflicts Clive fürchtet. Dieser Vorschlag ist zwar in diesem Stadium der Dinge eine Frechheit, aber Deutschland brauchte nichts dagegen einzuwenden, da dadurch auch die übrigen strittigen Fragen vor ein unparteiliches Forum gebracht werden könnten, also auch die Ruhrbesetzung.



## Der Vorstoß gegen die Beamten.

Warnung des preussischen Ministerpräsidenten.

Das Reichskabinett hat bekanntlich am Ende des verflohenen Jahres die Beamten plötzlich mit der Einführung des Neunstundentages überfallen und den Achtstundentag durch eine Verordnung ebenso plötzlich gestrichen. In Verbindung mit der Herabsetzung der Gehälter hat diese überraschende Verfügung begreifliche Verbitterung hervorgerufen. Wenn sie nicht zu explosiven Abwehrmaßnahmen geführt hat, so ist das neben der Tatsache, daß gleichzeitig die Waffentüchtungen einsetzten, vor allem dem Pflichtgefühl der Beamten zu danken.

Man darf aber nicht annehmen, daß die Verfügung des Reichskabinetts von allen in Betracht kommenden Behörden widerspruchslos hingenommen worden ist. Der „Voss. Ztg.“ ist jetzt ein Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten, Genossen Otto Braun, auf den Redaktionsnachschon, das am Silvesterabend an den Reichsminister des Innern gerichtet wurde und die ernstesten Bedenken gegen die schematische Verlängerung der Dienstzeit geltend macht. Das Schreiben hat der „Voss. Ztg.“ nach folgenden Wortlaut:

31. Dezember 1923.

Zu dem Schreiben Eurer Hochwohlgeboren vom 22. Dezember 1923 — V. 9361. A —, zu dem die Stellungnahme des Staatsministeriums vorbehalten bleibt, drängt es mich, vorerst kurz folgendes zu bemerken:

Ich gehe mit der Reichsregierung darin einig, daß die furchtbare Not unserer Zeit die volle Ausschöpfung der Arbeitskraft der im Dienste des Staates stehenden Beamten und Angestellten heißt. Ich bezweifle aber, daß das eine schematische Verlängerung der täglichen Dienstzeit der Beamten bedingt. Worauf es ankommt, ist, durch vermittlungsfähige organisatorische Maßnahmen die Intensität der Dienstleistung der Beamten und Angestellten bis zur höchsten Stufe zu steigern und den Leerlauf auf das geringste Ausmaß herabzudrücken. Das kann niemals durch eine schematische Festsetzung der Dienstzeit erreicht werden, die die Verschiedenartigkeit der Anforderungen naturgemäß nicht berücksichtigen kann, der mannigfaltige Dienst in der Staatsverwaltung, sei es im inneren Dienst, sei es in der Rechtsprechung oder gar im Forschungs- und Unterrichtsbetrieb, an die geistige und physische Kraft des einzelnen stellt.

Ich befürchte daher, daß die Durchführung der Richtlinien der Reichsregierung in der durch die unzulängliche Besoldung ohnehin stark beunruhigten Beamten- und Angestelltenwelt neue Mißstimmungen auslösen wird, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung ihrer Dienstleistung führen muß, was leicht eine Verminderung der Arbeitsleistung zur Folge hat, zumindest keine Erhöhung aufkommen läßt. Denn letzten Endes ist doch für das Wohlergehen der Beamten und Angestellten ihre Dienst- und Arbeitsfreudigkeit und ihre durch die Höhe der Besoldung nicht unerheblich beeinflusste geistige und körperliche Leistungsfähigkeit entscheidend. Können Reich und Länder infolge ihrer prekären Finanzlage ihren Beamten vorübergehend eine ausreichende Besoldung nicht gewähren, so müssen sie um so mehr darauf Bedacht nehmen, alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Dienst- und Arbeitsfreudigkeit der schwer unter der materiellen Not leidenden Beamten- und Angestelltenwelt noch mehr zu beeinträchtigen. Das scheint mir bei dem Erlaß der Reichsregierung über die Dienstzeit der Beamten nicht hinreichend berücksichtigt zu sein.

Ich verkenne keineswegs, daß es die schwere Not unseres Landes ist, die die Reichsregierung zu diesem Schritt veranlaßt hat. Gleichwohl glaube ich meine ersten Bedenken nicht unterdrücken zu dürfen, um so mehr nicht, als ich auch unter dem Gesichtspunkt der Sparpolitik mich der Befürchtung nicht entschließen kann, daß durch diese Verlängerung der Dienstzeit im Hinblick auf den Wehrverbrauch usw. auf den Zeitverlust beim Beginn und der Beendigung der Mittagspause und unter Berücksichtigung der vorstehend dargelegten psychologischen Momente eher das Gegenteil von dem durch diese Maßnahme Erstreben eintreten kann.

gez. Braun.

An den Herrn Reichsminister des Innern.

Es ist dankenswert, daß Genosse Braun auf die wirklichen Mängel der Verwaltung, auf den Leerlauf, hinweist und auf die Gefahren, die die einseitige Mehrbelastung der Beamten- und Staatsangestellten bei gleichzeitiger Kürzung der Einnahmen hervorrufen muß. Warnende Stimmen sind freilich genugsam geltend gemacht worden, ohne daß das gegenwärtige sozialistische Reichskabinett auf sie gehört hätte. Bei ihm geht, wie aus dem Brief des Reichsfinanzministers hervorgeht, die Herabdrückung der sozialen Lage der Gehalts- und Lohnempfänger als der Wirtschaftswelt der letzter Schlus. Bei Emminger, Luther und Jarres sind die Kräfte konzentriert, die im Sinne des Scharfmachertums deutsche „Sozialpolitik“ betreiben.

## Albert Thomas über den Achtstundentag.

Arbeitszeit und Internationales Arbeitsamt.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genosse Albert Thomas, ist bei seinem letzten Besuch in Berlin, wie wir annehmen, versehenlich einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in die Arme gelaufen und hat sich von diesem über das Arbeitszeitproblem ausfragen lassen. Thomas gab bei dieser Gelegenheit seiner Ueberraschung Ausdruck „über die Schnelligkeit und Festigkeit“, mit der man sich hierzulande in die Neuordnung gestürzt hat. Er fuhr dann fort:

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß es das Ziel des Internationalen Arbeitsamts ist, die Anwendung des Achtstundentages überall da zu veranlassen, wo er eingeführt werden kann, wie dies der Friedensvertrag vorschreibt. Wir erkennen natürlich an, daß es notwendige Abweichungen gibt und daß es zur Durchführung dieser Grundgedanken einer gewissen Geschmeidigkeit und Biegsamkeit bedarf. Auch das Abkommen von Washington selbst läßt ziemlich viele Abweichungen zu. Aber die neue deutsche Gesetzgebung geht unendlich weit darüber hinaus.

Ich bedaure aufrichtig, daß die Staaten schon seit einigen Jahren nicht in einem System gegenseitiger Verständigung festgelegt sind, wie es das Abkommen vorschreibt. Ich gebe aber die Hoffnung nicht auf, daß sie noch dazu kommen werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die zwingenden Gründe für ein internationales Vorgehen sind so, daß die Arbeitsfreien nicht durch ein einzelnes Volk ohne wirtschaftliche Rückwirkung auf die anderen erschrieben werden können. Ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß eine angestrebte internationale Verhandlung die Einführung einer Regelung zeitigen könnte, die, wie es wünschenswert ist, eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Bedingungen bei allen Industrien herstellen würde, und die die Interessen der internationalen Politik nicht ausschließlich auf die Arbeiter aller Länder wälzen würde.

Da diese Antwort dem Stimmesblatt natürlich sehr ungenügend ist, hilft es sich mit der ebenso albernen wie unanstößigen Unterstellung, Genosse Thomas wolle als Franzose Deutschland die Ausführung des Friedensvertrages unmöglich machen, um auf diese Weise das weitere Verbleiben des französischen Militärs im Ruhrrevier zu ermöglichen.

## Keine Freidenkerpartei!

Zu dem Artikel des Genossen Woss Hoffmann über „Sprengungstendenzen in der Freidenkerbewegung“ erhielten wir eine Reihe Zuschriften, deren wörtlichen Abdruck wir uns aus Raumgründen verweigern müssen. Wir können uns so eher von ihm Abstand nehmen, da die Zuschriften alle ohne Ausnahme sich gegen das Vorgehen der Ortsgruppe Triebes in Thüringen, eine „neue“ Kulturpartei und „große Freidenkerfraktion“ im Reichstag zu gründen sowie einen eigenen Wahlfonds einzurichten, mit gleicher Schärfe wie Genosse Hoffmann wenden. Daß der Artikel Hoffmanns kein „falscher Alarm“ war, geht besonders daraus hervor, daß die Gemeinschaft proletarischer Freidenker selbst in einer Zuschrift anführt: „Wir müssen deshalb unsere Mitglieder ersuchen, der Aufforderung unserer Ortsgruppe in Triebes nicht stattzugeben, sich vielmehr innerhalb der Gemeinschaft jebweder parteipolitischen Tätigkeit zu enthalten.“ — Wenn in Thüringen selbst Freidenkerorganisationen schon früher gegen den Versuchsbollen von Triebes

protestiert haben, so ist das erfreulich. Uns war ein solcher Protest nicht zu Gesicht gekommen.

Der Sekretär der Gemeinde proletarischer Freidenker erklärt, sein Name sei ohne sein Wissen und Willen in den Aufruf gekommen, da es ist freilich sonderbar, daß sein Name mit einer Postschlüsselnummer zu Wahlfonds-Einnahmen ohne seine Zustimmung veröffentlicht werden konnte. Da aber der Sekretär in der Zuschrift an uns schreibt, „es sei angesichts der augenblicklichen politischen Situation durchaus verständlich, daß einzelne Säumer und Dränger sich unbefriedigt abwandern und nach neuen Wegen suchen, so könne auch keinem Menschen verboten sein, neue Parteien zu gründen, ganz gleich, aus welchen Motiven ihr Vorgehen zu erklären sei“, so kann der Sekretär der Gemeinde proletarischer Freidenker sich nicht wundern, wenn trotz seiner jetzigen Ablehnung keine Stellung dazu mehr als mißverständlich aufgestellt werden konnte.

Wenn schließlich Genosse Woss Hoffmann auf die Frage in der Zuschrift der Gemeinde proletarischer Freidenker, warum er, Hoffmann, sich nicht an die Leitung der Gemeinschaft gewandt hat, antwortet, „einmal sei der Aufruf öffentlich verbreitet und mußte öffentlich beantwortet werden, andererseits aber verspüre er nach den Erfahrungen, die er in der Anschlußsache mit der Berliner Freireligiösen Gemeinde gemacht habe, keine Neigung dazu“, so können wir das nicht ändern.

## Eine Merkwürdigkeit.

Referate der Reaktionsparteien.

Im Jahresbericht der Essener Handelskammer, der hier schon gemeldet wurde, findet sich auch der schöne Satz: „Der Marxismus gab der Frau das Wahlrecht und nahm auch die Kampfmethode des Weibes an.“

Nun veröffentlicht die „Deutsche Zeitung“ eine Statistik über das Ergebnis der Gemeindevahlen in Dresden, wo nach Geschlechtern getrennt abgestimmt wurde, und schließt diese mit der triumphierenden Feststellung:

„Ganz besonders stark — rund 50 Proz. — ist das Uebergewicht der weiblichen Stimmen bei den Deutschen nationalen und der Volkspartei.“

Danach müßte doch viel eher angenommen werden, daß die Reaktionsparteien vom weiblichen Einschlag stark beeinflusst sind und ihrerseits die „Kampfmethode des Weibes“ angenommen hätten. Allerdings — das muß zur Ehre der Frauen gesagt sein — nur die Kampfmethode hysterischer Weiber!

## Zum Komplott gegen Seekt.

München, 22. Januar. (L.) Wie die „Münchener Allgemeine Zeitung“ aus Augsburg meldet, hat der wegen des Nordkomplottes gegen den General v. Seekt verhaftete und nach Berlin gebracht Fabrikbesitzer Dr. Gaisried Grandel als fanatischer Anhänger der nationalsozialistischen Partei in dieser eine ziemlich große Rolle gespielt. Dr. Grandel ist Inhaber der Firma Georg Grandel, Delc, Kaufhaus, und Riisfabrik in Augsburg. Das gleiche Blatt meldet, daß ein Teil der Führer des Nordkomplottes gegen den General von Seekt sich nach Augsburg zu ziehen scheine und daß die dortigen nationalsozialistischen Kreise nicht so unbeeinträchtigt an der Sache sein dürften, als man annehme.

## Die Spekulanten lauern.

Die erwartete Veröffentlichung der dritten Steuernotverordnung gibt der Spekulation Veranlassung zur Zurückhaltung. Das drückende Bilanzprogramm gibt zu Kombinationen Anlaß. Die Geldschäuferei nimmt zu. Heute war Börsennotiz mit 1/2 Prozent pro Tag und darunter zu haben. Die Seehandlung nimmt vorläufig keine großen Beträge mehr an, da sie schwer kurzfristig unterzubringen sind. Für langfristige Kredite besteht bei den großen Geldgebern vorläufig noch wenig Neigung, man will sich nicht auf längere Zeit festlegen. Vereinzelt kommen Papiermarktabschlüsse auf einen Monat zu 5-6 Prozent monatlich zustande; Abschüsse mit Goldkupon 2-4 Prozent monatlich. Die Industrie zeigt starken Kapitalbedarf, ist nicht in der Lage, allzu hohe Zinsfüße zu bewilligen. Nachfrage nach Röntgenaktien und verschiedenen Spezialpapieren ziemlich rege, dagegen Anleihen, ganz besonders auch Kriegsanleihe, stark angeboten.

## Aus neuen Briefen Otto Brahm's.

Die Briefe des hervorragenden Theaterkritikers und Theaterdirektors Otto Brahm an Georg Hirschfeld, die in den „Preussischen Jahrbüchern“ veröffentlicht werden, enthalten eine Fülle wichtiger Mitteilungen aus dem künstlerischen Leben Berlins im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, in dem Brahm als Direktor des Deutschen Theaters einen neuen Stil der Regie schuf.

Während in den Theatergeschäften widmete er sich dem Studium Gottfried Kellers, den er persönlich gekannt hatte, und denkt sogar daran, dessen dramatisches Fragment „Therese“ aufzuführen. Ihn sucht Brahm für sein Theater zu gewinnen und wechselt mit ihm Depeschen wegen einer unbefugten Aufführung der „Wilden“ durch Vaulenburg, den Direktor des Residenztheaters. „Der Alte macht sich per Draht sehr liebenswürdig.“ Als er aber dann verliert, die Blumenthal überlassen „Gespens“ zu bekommen, ist der „Rogus aus dem Norden“ nicht so freundlich: „Heute habe ich einen Brief vom alten Ibsen, der mich etwas verdross. Er lehnt es einfach ab, ohne Motivierung, etwas für mich und contra Blumenthal in Sachen der „Gespens“ zu tun. Wenn ich nun bedenke, wie Oskar gegen ihn und ich für ihn gearbeitet habe, so kann nur der Respekt mich verhindern zu sagen: Ein trasser Kerl, man ziehe sich keine Dichter hoch!“ Viel ist natürlich die Rede von Gerhart Hauptmann, mit dem Brahm seit den ersten Anfängen der „Freien Bühne“ innige Freundschaft verband. Wir erfahren hier auch einiges über die geheimnisvolle Amerikareise des Dichters Anfang 1894. „Mit Gerhart ist es doch eine erste Sache“, schreibt Brahm am 9. Februar an Hirschfeld. „Zuverlässiges weiß ich nicht, weil alle, die etwas erfahren haben, sich in einen Mantel des Geheimnisses hüllen, durch dessen Löcher sie dann aber doch allerlei Ungewisses durchblicken lassen. Seine Frau und Kinder sind ebenfalls nach Amerika, ob mit ihm oder auf einem anderen Schiff, darüber schwanken die Versionen. Am zweiten Falle wären sie ihm also nachgereist, er soll auf einen Tag auch in Berlin gewesen sein. Bebel soll sich bemüht haben, auszugleichen; er hat aber, und zwar in Erfüllung öfters befandener Absicht darauf bestanden: Er müsse heraus. Kluge Leute glauben ihn bemerkt zu haben, auch Carl (Karl Hauptmann) soll das tun; ich meine aber, daß man sehr vorsichtig sein muß im Urteil, selbst wenn man die Sache sehr genau überlebe, und daß ein Mensch wie Gerhart auch, wenn er grausam zu handeln scheint, nach inneren Reimweisenheiten tut und daß man seinem Dämon vertrauen muß.“ Am 13. Mai 1894 berichtet er dann: „Er ist da, Georg. Es behält ich nicht; gefestigt der Gerhart mit einer Schiffsreise an meiner Kümmert gebräunt und geheilt. Er ist etwas verschümpft, etwas überfressen von dem guten Schiffsessen, aber sonst vergnügt und arbeitsfähig. Seine „Geschichte“ ist doch wesentlich anders, als man sie kombinieren hatte, und er will einen Roman, seinen Roman draus machen.“

Bei den Engagements für das Deutsche Theater kam Brahm auch nach Salzburg, wo er einen jungen unbekannten Schauspieler auftrat, der ihm aus Wien empfohlen worden war. Der 23jährige spielte den alten Oberstleutnant in Sudermanns „Heimat“ so vortrefflich, daß Brahm ihn engagierte. Es war Rog Rein-

hardt. Und zuletzt noch eine Schilderung des neuen Theaterdirektors, der sich eben in Deutsches Theater häuslich eingerichtet hat: „Also ich sitze und schreibe. Les' äußerlich — heute regnet's und ist gelinde — teils innerlich. Seit 1875, als ich aus dem Geschäft austrat, also seit 19 Jahren, habe ich in keinem Bureau mehr gewirkt; schon das macht mir daher neue Sensation, und nicht von der angenehmen Art. Alle Augenblicke Kopfs, und jemand will was wissen, was ich selbst nicht weiß. Hunderterlei ist zu ordnen und anzuordnen und zu erwägen; und eine kleine Zentnerlast legt sich einem auf die Seele — während ich in Rüstungen doch nur um 4 Pfund erleichtert wurde. Das alles wird sich allmählich schon zurecht richten; aber als ein sehr unangenehmer Moment wird mir doch der Vorstoß, durch viele Jahre, den ich neulich bei L'Arronge beobachtet habe: Wie er seine letzten Papiere zusammenpackte, die Schlüssel seinem Nachfolger übergab und sagte: Adio!“

## Festkonzert des Bildungsausschusses.

Das 4. Festkonzert des Bezirksbildungsausschusses fand im großen Saale der Philharmonie als Kammermusikfest statt. Die Wahl des Saales wurde durch die Wahl der Künstler gerechtfertigt, die das Programm bestritten. Das Ringler-Quartett zog die Massen so mächtig an, daß man für diese Stunden erlaubte und weithinverbreiteter Genusses weitest Räumlichkeit bedurfte.

Ichalkowffs F. Dur. Quartett Opus 22 eröffnete das Konzert. Die glatte Melodie und raffige Rhythmus des Russen wurde in so überlegener Weise aufgespielt, daß man sich der deutschen Umwertung des Wertes mit Behagen hingeben konnte und diese gefühlsmäßige Verschmelzung als festliches Erleben aufnehmen durfte. Mit besonderer Liebe wurden die Quarten des „Andante ma non tanto“ ausgeführt und in ihrer bald leidenschaftlichen Blut, bald melancholischen Süße ausdrucksvoll erfüllt und gestaltet. Dieses völlig von Erdenschwere gelöst und nach innen gerichtete Musizieren gab auch dem wunderbar aufblühenden F. Roll. Quartett Op. 59 von Beethoven die Weite. Auch hier wieder der langsame Satz „molto adagio“ ein gläubig durchgeführtes Erleben von unerschöpflichen Grenzen. Aus meisterlicher Beherrschung des Zusammenspiels heraus färten sich die Bogen der bewegten Süße zur greifbarsten Deutlichkeit und es erhärtete sich aufs neue der Glaube daran, daß das Ringler-Quartett in seiner weisen Künstlerkraft zum Besten gehört, was die Erde an kammermusikalischer Einheit besitzt. Verdienst und Tat nicht zum geringsten seines Führers Karl Ringler, der durch Bach's Adagio und Fugue aus der G. Major Violin-Sonate die Brücke zwischen den beiden Quartetten schlug, und insbesondere durch die rühmlich besonnene Auffassung der Fuge deren Aufstreben zu los Weite steuern konnte, daß das Gefühl ihres komposten Aufbaues zur Gewißheit wurde, errichtet auf den blühenden, stofflichen Flächen des vorausgehenden Adagios, dessen verstärkte Schilderung Irdisches verneinen konnte.

Soll man sich da wundern, wenn der Beifall hemmungslos auch schon nach den einzelnen Sätzen der vornehmsten Werke losbrach? Obwohl sich wohl auch das Ringler-Quartett nicht verhehlen wird, daß eine Entschlossenheit und Aufspaltung der Aufgaben auf den

Schlus der Werte künstlerisch erwünschter wäre. Aber wer sollte solchen Ueberchwang der Begeisterung bei derartigen Festleistungen nicht verstehen können?

Ein Interview mit Nora. Sie ist jetzt 75 Jahre geworden, die „Meine Berge“ aus dem „Puppenheim“, und aus diesem Anlaß hat der Vertreter eines Blattes in Kopenhagen, wo das Urbild zu Ibsens Nora jetzt wohnt, die alte Dame, die Laura Kieler heißt, aufgesucht. Sie erzählte dem Interviewer, wie sie schon als junges Mädchen mit Ibsen zusammengekommen war, nachdem sie bereits vorher seine Aufmerksamkeit durch eine Schrift „Brands Töchter“ erweckt hatte, die sich mit den religiösen Problemen in „Brand“ beschäftigte. Ibsen gefiel das junge Mädchen, das er „Berde“ nannte, sofort. Aber einige Jahre später, als sich Laura verheiratet hatte, geschah etwas, was die „Berde“ und den Dichter für viele Jahre auseinander brachte: Ibsen schrieb sein „Puppenheim“, und zwar nach einem wirklichen Ereignis in Frau Kieler's Haus. Ihr Mann war krank, und sie nahm ein Vorleben auf. Unter ihren vielen Feinden verbreitete sich das Gerücht, sie habe „faß geschrieben“, und als dieses Gerücht auch zu Ibsen kam, schrieb er sein Stück als eine Art Verteidigungsschrift für sie. Das war unüberlegt. Sie hatte nicht „faß“ geschrieben; aber die Offenbarkeit glaubte nun schwarz auf weiß zu haben, daß sie es getan hätte. „Nora“ mußte viele schwere Jahre durchleben. Die wirkliche Nora verließ aber ihr Heim nicht. Sie blieb und bezahlte die Schuld ab. Aber auch ihr Mann sah die Frage eine Zeitlang ebenso wie Holmer auf. Als Ibsen endlich, einige Jahre vor seinem Tode, Frau Kieler wieder traf, als sie ihm die Wahrheit erzählte und ihre Verden nach der Veröffentlichung des Stückes beschrieb, da meinte der alte Dichter, So erzählt „Nora“, die seit vielen Jahren in Dänemark wohnt.

Die erste auslanddeutsche Republik. Der erste Kongress der Räte der „Arbeitskommune des autonomen Gebietes der Wolgodeutschen“, der dieser Tage in Bokromsk a. d. Wolga stattfand, hat mit beiderer Erlaubnis der Moskauer Zentralregierung beschlossen, das Gebiet in eine Sozialistische Sowjetrepublik umzugestalten und dem Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSSR) beizutreten. Damit ist zum erstenmal in der Geschichte eine auslanddeutsche Republik entstanden, deren Verfassung sich infolge ihres sowjetischen Charakters zwar von der anderer Republiken unterscheidet, den Wolgodeutschen aber die Möglichkeit geben soll, sich nach den Jahren blutiger Bürgerkriege und folgenschwerer Hungerkatastrophen wirtschaftlich wieder zu erholen. Die deutschen Wolgodeutschen waren seit 1918 unfreiwillig autonom und hatten dafür überaus schwere Naturalsteuern zu entrichten. Wie weit die Hoffnungen der Wolgodeutschen Sowjets, von denen übrigens jedes „sozialdemokratische, bürgerliche und bourgeoise Element“ ferngehalten wird, sowie die der Moskauer Regierung auf eine Beschleunigung des Wiederaufbaues der zerstörten Wolgodeutschen durch die neue Republik gerechtfertigt sind, wird erst die Zukunft erweisen.

Kohlensauerstoff im Kieselstein. Der russische Geologe W. W. W. hat, wie der „Düsseldorfer“ berichtet, im Bezirk Belakowka im Uralgebirge innerhalb des Kiesel der Gabbrokomplexen an der Mündung des Flusses Starla auch Kadmium gefunden.







